

Einwohnerrat Pratteln

Votenprotokoll Nr. 423

Einwohnerratssitzung vom Montag, 18. März 2013, 19.00 Uhr in der alten Dorfturnhalle

Anwesend	34 Personen des Einwohnerrates 7 Personen des Gemeinderates
Abwesend entschuldigt	Einwohnerrat: Rosa Calicchio, Martina Häring, Karin Hess, Roger Schneider, Fredi Wiesner und Albert Willi Gemeinderat: -
Vorsitz	Mauro Pavan, Präsident
Protokoll	Joachim Maass
Weibeldienst	Martin Suter

Geschäftsverzeichnis

1.	Ersatzwahl für die Rechnungsprüfungskommission für den Rest der Amtsperiode, Jens Dürrenberger, FDP-Mitte, anstelle von Claudio Contoli	2827
2.	Interpellation der SP-Fraktion, Gert Ruder, betreffend „Bauruine an der Hardmattstrasse“	2820
3.	Bericht der GPK zum Amtsbericht 2011	2822
4.	Beantwortung des Postulates der Fraktion der Unabhängigen und Grünen, Benedikt Schmidt, betreffend „Innovationspark“	2768
5.	Sondervorlage, Bewilligung eines Kredites von CHF 300'000 für die weitere Planung Neubau Gemeindeverwaltung, Bahnhofstrasse, Parzelle Nr. 4042	2824
6.	Formulierte Gemeindeinitiative für die „Ausfinanzierung der Basellandschaftlichen Pensionskasse“	2825
7.	Erdgaskonzessionsvertrag Industrielle Werke Basel (IWB)	2826
8.	Fragestunde (nach der Pause)	

Begrüssung durch Mauro Pavan, Präsident

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Gemeinderätin und Gemeinderäte, Damen und Herren im Publikum und Vertreter der Presse. Ich begrüsse sie zur 423. Sitzung des Prattler Einwohnerrates und zur ersten im Jahr 2013. An dieser Stelle allen noch ein gutes Neues Jahr. Es ist eine ganze Weile her, seit wir das letzte Mal zusammengekommen sind, da die Sitzung im Februar mangels Traktanden ausgefallen ist. Ich hoffe, sie alle haben die Feiertage, die Fasnacht oder die Skiferien so genossen wie ich oder zumindest ohne grössere Schäden überstanden. Speziell begrüsse ich heute die beiden neuen Einwohnerratsmitglieder Sarah Knöpfel und Jens Dürrenberger. Sarah Knöpfel ist für Dieter

Stohler nachgerückt, der per Ende 2012 zurückgetreten ist. Jens Dürrenberger rückt nach für Claudio Contoli; zu seinem Rücktritt komme ich wie üblich bei den Mitteilungen. Durch Jens Dürrenberger ist mit dem erstmaligen Einzug der Grünliberalen in den Einwohnerrat die Parteienlandschaft noch einmal erweitert worden. Ich hoffe natürlich, dass dies umso mehr zu fruchtbaren Diskussionen und gut schweizerischen Kompromissen, statt sturen Fronten führt. Ich heisse die beiden neuen Ratsmitglieder offiziell herzlich willkommen und wünsche ihnen einen guten Start.

Präsenz

Es sind zurzeit 34 Personen des Einwohnerrates anwesend und der Rat ist beschlussfähig. Das absolute Mehr beträgt 18, das 2/3-Mehr 23 Stimmen.

Mitteilungen

Fotoaufnahmen: An der Dezembersitzung wurde angekündigt, dass in der Februarsitzung Fotoaufnahmen des Einwohnerrates für die Homepage der Gemeinde gemacht werden. Da die Sitzung im Februar ausgefallen ist, werden diese Aufnahmen heute während der Sitzung gemacht. Es handelt sich um Gesamtaufnahmen des Rates, nicht um Einzelportraits, analog zum Landrat. Das Büro hat die Fotoaufnahmen bereits im Dezember einstimmig genehmigt.

Rücktritt aus dem Einwohnerrat von Claudio Contoli: Mauro Pavan verliest das Rücktrittsschreiben: *Austritt aus dem Einwohnerrat und der RPK. Sehr geehrter Einwohnerratspräsident. Berufliche Gründe zwingen mich zum sofortigen Austritt aus dem Einwohnerrat und der RPK. Dieser Schritt fällt mir nicht einfach, aber mein momentaner Arbeitsort im Tessin lässt keine andere Möglichkeit. Ich wünsche den geschätzten Kollegen aus dem Einwohnerrat und Gemeinderat ein erfolgreiches Jahr 2013. Mit freundlichen Grüßen, Claudio Contoli.* Claudio Contoli konnte aus denselben Gründen, die ihn zum Rücktritt bewogen haben, bereits an den Sitzungen im November und Dezember nicht mehr teilnehmen und kann auch heute nicht anwesend sein. Er ist 2010 für Rudolf Meury in den Einwohnerrat nachgerückt und war wie dieser zuvor Mitglied der RPK. Restrukturierungen bei seinem Arbeitgeber SBB Cargo, zwingen ihn zu einem Wechsel des Arbeitsorts in den Tessin; er bleibt aber in Pratteln wohnen. Ich verabschiede hiermit Claudio Contoli in Abwesenheit aus dem Einwohnerrat Pratteln und wünsche ihm für seine berufliche, private und allenfalls auch politische Zukunft alles Gute. Claudio Contoli verzichtet auf ein Abschiedsgeschenk und hat den Gegenwert an die Gassenküche Basel spenden lassen.

Briefeinwurf beim Bahnhof Salina Raurica: Am 29. Oktober 2012 hat Christoph Zwahlen ein Postulat der Unabhängigen Pratteln betreffend Briefeinwurf beim Bahnhof Salina Raurica eingereicht. Der Einwohnerrat hat es an der Novembersitzung überwiesen, beantwortet und als erfüllt abgeschrieben. Der Gemeinderat hat berichtet, dass er mit der Post in Kontakt getreten sei. Die Antwort der Post liegt nun schriftlich vor: *Gerne bestätigen wir Ihnen das besprochene Vorgehen. Mit Schreiben vom 6. November 2012 hat uns die Gemeinde Pratteln eine Anfrage zur Errichtung eines Briefeinwurfes beim Bahnhof Salina Raurica Pratteln eingereicht. Nach eingehender Analyse des Sachverhaltes kommen wir zum Schluss, dass die Abdeckung mit Briefeinwürfen im Gebiet Pratteln grundsätzlich in Ordnung ist. Wir sind trotzdem bereit, einen Versuch mit einem zusätzlichen Briefeinwurf beim Bahnhof Salina Raurica durchzuführen, dies befristet für den Zeitraum von rund 1 Jahr. Wir werden im Frühling 2014 die Entwicklung der Füllmengen an diesem Standort und der in der Umgebung platzierten Briefeinwürfe beurteilen und dann definitiv über den Briefeinwurfstandort beim Bahnhof Salina Raurica entscheiden.*

Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission der Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde: Im Vertrag über die Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB)

steht in § 11 Abs. 2, dass die Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission der KESB aus je einem Mitglied der Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission der drei bevölkerungsreichsten Gemeinden (Frenkendorf, Liestal, Pratteln) besteht. Die RPK Pratteln hat als Delegierten in die KESB-RPK gewählt: Thomas Sollberger.

Archivierung von Kommissionsakten: An den Sitzungen vom 23.4. und 25.6.2012 hat der damalige Einwohnerratspräsident Philippe Doppler auf die Rückgabe der Kommissionsakten der Legislatur 2008-2012 aufmerksam gemacht. Es fehlen nach wie vor die Akten der BPK sowie teilweise der RPK. Von der BPK fehlen zudem auch die Akten der Legislatur 2004-2008. Auch von folgenden Spezialkommissionen fehlen die Akten: Parkierungsreglement und Polizeireglement. Die zuständigen Personen sollen die Akten dem Sekretariat abgeben.

Neue E-Mail-Adresse: Das Sekretariat des Einwohnerrates hat eine neue E-Mail-Adresse: politik@pratteln.bl.ch. Bitte ab sofort alle Abmeldungen, Fragestunden, Vorstösse usw. auf diese Adresse senden.

Neue parlamentarische Vorstösse

- Interpellation der SP-Fraktion, Bruno Baumann, betreffend „Auswirkungen neues Raumplanungsgesetz“ vom 18. März 2013
- Kleine Anfrage der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Christoph Zwahlen, betreffend „Kindergartenkonzept“ vom 18. März 2013

Bereinigung des Geschäftsverzeichnisses

Es gibt keine Bemerkungen zum zugestellten Geschäftsverzeichnis und daher wird nach dem vorliegenden Geschäftsverzeichnis verfahren.

Beschlüsse

Geschäft Nr. 2827

Ersatzwahl für die Rechnungsprüfungskommission für den Rest der Amtsperiode, Jens Dürrenberger, FDP-Mitte, anstelle von Claudio Contoli

Aktenhinweis

- Kurzsteckbrief vom 5. Februar 2013

Es gibt keine weiteren Wahlvorschläge und der Einwohnerrat wählt in stiller Wahl in die Rechnungsprüfungskommission für den Rest der Amtsperiode bis 30. Juni 2016:

://: Jens Dürrenberger, FDP-Mitte

Geschäft Nr. 2820

Interpellation der SP-Fraktion, Gert Ruder, betreffend „Bauruine an der Hardmattstrasse“

Aktenhinweis

- Interpellation der SP-Fraktion, Gert Ruder, betreffend „Bauruine an der Hardmattstrasse“ vom 16. Dezember 2012

GR Ruedi Brassel: Diese Interpellation greift einen Missstand auf, der buchstäblich augenfällig ist. Der Gemeinderat hat diese Situation bemerkt und ist der Ansicht, dass dies sicher nicht vorteilhaft ist in einem Quartier, das auch einen Aufschwung demonstrieren soll, und hat auch dafür gesorgt, dass etwas passiert. Auf dem genannten Areal werden die gewerbepolizeilichen Vorschriften eingehalten. Dies die Antwort zu Frage 2. Ökologische Risiken sind nicht bekannt und Massnahmen in dieser Richtung beschränken sich auf die Fortführung von Kontrollen, damit allfällige Risiken rechtzeitig erkannt werden. Die feuerpolizeilichen Vorschriften werden, soweit ersichtlich, eingehalten. Hier gilt dasselbe und es wird kontrolliert. Der Gemeinderat und die Abteilung Bau haben immer wieder Kontrollen gemacht und beim letzten Augenschein im Januar war ich persönlich anwesend. Wir haben vereinbart, dass der Zaun so verschoben werden soll, dass alle freistehenden Sachen, die sich auf privatem Areal, aber ausserhalb der Umzäunung befinden, eingezäunt werden und dass bis im Sommer ein Baufortschritt stattfindet. Die „Bauruine“, wie sie in der Interpellation bezeichnet wird, sollte dann diesen Status verlassen und die Baupläne realisiert werden. Uns wurde vom Eigentümer zugesichert, dass dies möglich sein soll und wir werden ihn wieder darauf ansprechen. Der Gemeinderat wird die Occasions- und Schrottautos abführen, wenn sie nicht auf Privatgelände abgestellt sind. Die Realisierung des Grünstreifens erfolgt im Zusammenhang mit den Bauarbeiten im angrenzenden Areal; dies lässt sich zeitlich noch nicht terminieren. Es bleibt die Aufgabe, dort genau hinzuschauen und darauf zu drängen, dass etwas geht und insofern sind wir für diese Interpellation dankbar.

Der Rat beschliesst stillschweigend Diskussion.

Gert Ruder: Ich bedanke mich beim Gemeinderat für die Beantwortung dieser Interpellation und stelle fest, dass Gert Ruder nicht ganz zufrieden ist. Es scheint mir, der Gemeinderat mache hier zu stark auf „lieb-lieb“ und versuche nicht wirklich, sich durchzusetzen. Die Occasions- und Schrottautos stehen tatsächlich auf einer Gemeindeparzelle und stehen dort nach wie vor. Sie standen am 16. Dezember dort und auch noch am 18. März. Es ist nicht in Ordnung, wenn ein Gewerbetreibender, auch wenn es sich um ein Kleingewerbe handelt, den öffentlichen Grund und Boden nutzt und eine Sauerei hinterlässt. Der Gemeinderat ist in anderen Sachen sehr streng. Wie rigoros er durchgreift, wenn irgendwo ein Plakat zu nahe an einem Kandelaber oder Fussgängerstreifen ist und ich bitte den Gemeinderat dringend, dass er auch in solchen Situationen mit demselben Fleiss durchgreift. Ich werde dies weiterhin aufmerksam beobachten; es liegt direkt an meinem Arbeitsweg und ich sehe jeden Tag, ob es dort eine Veränderung gibt oder nicht.

Die Interpellation ist beantwortet.

Geschäft Nr. 2822

Bericht der GPK zum Amtsbericht 2011

Aktenhinweis

- Bericht der GPK zum Amtsbericht 2011 vom 6. Dezember 2012

Christin Schäublin als Präsident der GPK: Vor ihnen liegt der Bericht der GPK zum Amtsbericht 2011, also zum vorletzten Jahr. Die GPK, die seit dem 1. Juli 2012 neu zusammengesetzt ist, hat den Amtsbericht geprüft und einstimmig verabschiedet. Mitglieder der GPK sind: Eva Keller und Claudio Rossi (SP), Marc Bürgi (FDP-Mitte), Patrick Weisskopf (Unabhängige Pratteln), Rolf Hohler, Erich Schwob und Christian Schäublin (SVP). An dieser Stelle danke ich allen Mitarbeitenden der Gemeinde Pratteln und den Behörden herzlich für ihre Arbeit und ihr Engagement, das sie 2011 und natürlich bis heute leisten. Der Bericht stellt einen Rückblick über die Tätigkeiten im Jahr 2011 dar. In den Diskussionen der GPK hat sich gezeigt, dass häufig Themen im Bericht mit der aktuellen Situation oder Zukunft diskutiert wurden. Es haben sich Themen herauskristallisiert, die die GPK in einem weiteren Schritt hinterfragen und prüfen wird. Wir haben zu rund 33 Themen des Amtsberichtes Fragen an den Gemeinderat gestellt, die auch an einer Sitzung und durch die Verwaltung beantwortet wurden. Die Feststellungen im Bericht stammen vom Herbst 2012 und könnten bereits überholt sein.

Diskussion

Urs Schneider: Im Namen der SVP-Fraktion bedanke ich mich bei der Verwaltung und allen, die am Amtsbericht 2011 mitgewirkt haben. Das Erstellen eines Amtsberichtes ist immer mit enorm viel Arbeit verbunden, muss man doch die verschiedenen Berichte einfordern, zusammentragen und am Schluss soll ein Heft vorhanden sein, das man gebrauchen kann. Der Amtsbericht ist immer ein gutes Hilfsmittel für die Verwaltung und auch den Einwohnerrat, um immer wieder neue Standortbestimmungen zu machen und allfällige mögliche Richtungswechsel aufzuzeigen. Wir haben nun März 2013 und diskutieren über den Bericht der GPK über den Amtsbericht 2011 und sollen ihn zur Kenntnis nehmen. Man meint, es sei alles alter Kaffee und nicht so wichtig. Diese Verspätung der GPK ist unter anderem auch mit dem Legislaturwechsel zu begründen und die GPK musste sich erst wieder neu zusammensetzen und konnte erst nach den Sommerferien mit der Bearbeitung für das Jahr 2011 beginnen. Der Bericht hat, wie schon letztes Jahr, nicht viel Fleisch am Knochen. Dies wurde immer wieder bemängelt, auch, als ich selber in der GPK war und auch dieses Jahr hat er wieder problemlos Platz auf einer Seite A4. Trotzdem ist er für unsere Fraktion genügend aussagekräftig, um ihn zur Kenntnis zu nehmen. Ich gehe davon aus, dass die GPK aus den gestellten Fragen und Antworten verschiedene Subkommissionen gründen konnte, um uns später im Tätigkeitsbericht darüber zu berichten. Ich wünsche mir, dass der Bericht über den Amtsbericht 2012 noch in diesem Jahr beraten werden kann. Ich bedanke mich bei der GPK für ihre Arbeit; die Fraktion wird den Bericht zum Amtsbericht 2011 zur Kenntnis nehmen.

Sarah Knöpfel: Im Namen der Fraktion FDP-Mitte bedanke ich mich bei der GPK für den ausführlichen Bericht und kann gleichzeitig mitteilen, dass wir ihn zur Kenntnis genommen haben.

Stephan Ackermann: Auch die Unabhängigen schliessen sich dem schon ausgesprochenen Dank an die GPK und allen an der Entstehung des Amtsberichtes beteiligten Personen an. Der Bericht der GPK konzentriert sich tatsächlich auf einer Seite. Mit Interesse haben wir die Feststellungen zur Kenntnis genommen. Fragen: Aus Sicht des Gemeinderates funktioniert die Personalrekrutierung. Teilt die GPK diese Meinung? Legt der Gemeinderat der GPK eventuell noch ein Teilkonzept für das alte Feuerwehrmagazin, Schlossschulhaus und Burggartenschulhaus vor und wünscht die GPK in diesem

Bereich überhaupt ein Konzept? Zu den Ausstandsregeln: Hier interessiert mich, ob die Ausstandsregelungen des Gemeinderates schriftlich vorliegen und wie gedenkt die GPK die Einhaltung zu überprüfen und wie sieht es mit einer Beeinflussung bei der Ausarbeitung von Geschäften aus? Was gedenkt die GPK hier zu machen? Aus Sicht der Unabhängigen würde sich vielleicht auch eine Untersuchung bezüglich Standortevaluation Gemeindeverwaltung aufdrängen. Wir legen der GPK nahe, dies vertieft anzuschauen und von Interesse wäre auch, wie sich die ehemalige Gemeindebibliothek und heutige Bibliothek unter dem Patronat der GGG entwickelt hat. Dies als Input für die GPK.

Kurt Lanz: Auch die SP schliesst sich dem Dank an. Dem Dank an Gemeinderat, Verwaltung und GPK, die den Bericht zum Amtsbericht erstellt hat. Ich gehe davon aus, dass gefragt wurde, was gefragt werden musste. Ich selber bin froh, dass der Bericht zum Amtsbericht nicht 5 Seiten lang ist und man es kurz auf den Punkt bringt, was hier passiert ist. Wir werden den Bericht zum Amtsbericht selbstverständlich zur Kenntnis nehmen.

Christian Schäublin: Dass der Bericht so kurz ist, ist Absicht und ich danke, dass dies so gut angekommen ist. Ziel ist, dass wir den nächsten Bericht zum Amtsbericht 2012 noch dieses Jahr dem Einwohnerrat vorlegen möchten. Zu den Fragen von Stefan Ackermann: Der Amtsbericht stellt einen Rückblick auf 2011 dar und enthält dementprechende Kommentare. Was wir draus machen, ist etwas anders. Ich habe schon zu Beginn gesagt, dass wir Subkommissionen in verschiedenen Bereichen bilden. Dazu werden wir berichten, wenn wir die Tätigkeitsberichte im Einwohnerrat vorliegen. Auch die Unabhängigen haben ein Mitglied in der GPK und ihr habt so die Möglichkeit, weitere Auskünfte zu erhalten. Der Gemeinderat könnte hier Auskunft geben und ich verweise darauf, dass wir im Tätigkeitsbericht das weitere Vorgehen und unsere Prüfungsbereiche vorstellen werden.

Der Bericht des Gemeinderats an den Einwohnerrat über die Amtsführung im Jahre 2011 wird zur Kenntnis genommen.

Geschäft Nr. 2768

Beantwortung des Postulates der Fraktion der Unabhängigen und Grünen, Benedikt Schmidt, betreffend „Innovationspark“

Aktenhinweis

- Postulat der Fraktion der Unabhängigen und Grünen, Benedikt Schmidt, betreffend „Innovationspark“ vom 28. November 2011

GP Beat Stingelin: Die Antwort des Gemeinderates liegt schriftlich vor. Ich ergänze dazu: In der Interpellation Klaus Kirchmayr „Innovationspark Schweiz“ an den Regierungsrat überwiesen, die in dieselbe Situation eine Stufe weiter oben geht, wird gefragt, ob sichergestellt sei, dass Baselland überhaupt berücksichtigt wird. Wir vom Gemeinderat mussten fragen, ob Pratteln berücksichtigt wird und da könnt ihr euch vorstellen, dass die Antwort noch nicht eingetroffen ist. Eine Frage war, ob in Bern gezieltes Lobbying geschieht und ich glaube, ihr versteht, dass wir dies als Gemeinderat nicht können. Neben den heute vorliegenden Antworten des Kantons ist momentan eine Interpellation im Landrat hängig.

Benedikt Schmidt als Interpellant: Ich danke dem Gemeinderat für die Antwort. Von mir aus kann man das Postulat abschreiben. Für mich steht nicht das Postulat, sondern

das Engagement des Gemeinderates für ein solches Innovationszentrum im Zentrum. Ich habe mir gewünscht, dass sich der Gemeinderat mehr engagiert als bisher. In der Antwort steht im Wesentlichen, dass der Kanton etwas macht und die Handelskammer ebenfalls. Wenn man die Interpellation anschaut, werden dort Fragen gestellt „Macht der Kanton etwas“? Offenbar verschläft der Kanton wieder etwas, wenn es um die wirtschaftliche Entwicklung des Kantons geht. Es ist gut, wenn man dem Kanton vertraut, aber man müsste selber etwas machen. Dies ist eine gute Chance, dass sich der Gemeinderat für die wirtschaftliche Entwicklung der eigenen Gemeinde einsetzen kann und ein solches Innovationszentrum könnte ein wichtiger Teil von Salina Raurica sein und drum herum würden sich sicher Betriebe mit einer hohen Wertschöpfung ansiedeln. Ich schlage vor, das Postulat abzuschreiben und als Gegenleistung engagiert sich der Gemeinderat etwas mehr für das Innovationszentrum und die Ansiedlung von Betrieben mit hoher Wertschöpfung.

Andreas Seiler: Auch die FDP-Mitte-Fraktion ist für Abschreiben. Wir behalten uns vor, falls hier nichts weiter passiert, wir haben ja vorhin gehört, dass der Gemeinderat etwas aktiver werden soll und eventuell auch der Kanton, wieder einen Vorstoss zu machen oder dies eventuell durch unsere Kollegen im Landrat weiter verfolgen zu lassen.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr bei 1 Gegenstimme:

://: Das Postulat Nr. 2768 wird abgeschrieben.

Geschäft Nr. 2824

Sondervorlage, Bewilligung eines Kredites von CHF 300'000 für die weitere Planung Neubau Gemeindeverwaltung, Bahnhofstrasse, Parzelle Nr. 4042

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 28. November 2011

GR Rolf Wehrli: Nach Ihrem Beschluss vom 17. Dezember 2012 beantragt ihnen der Gemeinderat mit der Sondervorlage einen Kredit von CHF 300'000.00 für die Planung und genaue Kostenberechnung eines neuen Verwaltungsgebäudes an der Bahnhofstrasse. Der vom Einwohnerrat in seiner Sitzung vom 22. November 2010 genehmigte Nachtragskredit von CHF 220'000.00 in gleicher Sache wurde bisher nicht beansprucht. Zugunsten einer guten städtebaulichen Lösung wurde das erste Projekt auf Empfehlung der kantonalen Arealbaukommission vom Februar 2011 überarbeitet. Dies hat seit ihrem Entscheid vom November 2010 zu einer zeitlichen Verzögerung geführt, die genutzt wurde. Die heutige Planung überzeugt durch die architektonische Einpassung des Baukörpers und wertet die zukünftige Tramhaltestelle an der Bahnhofstrasse auf. Im April 2012 teilte die kantonale Arealbaukommission mit, dass sich das Projekt sehr gut entwickelt hat. Sie zeigte sich erfreut, dass Überlegungen zur Zentrumsentwicklung und Gestaltung der Bahnhofstrasse mit der überarbeiteten Planung getroffen wurden. Im neuen Verwaltungsgebäude ist geplant, die Gemeindeverwaltung in den ersten drei Geschossen unterzubringen. Es soll eine nachhaltige Verwaltung eingerichtet werden, welche dem Wachstum der Bevölkerung und den zukünftigen Personalressourcen gerecht wird. Durch die neue Konzeption des Baukörpers entstehen räumlich wesentlich bessere Voraussetzungen für den Bereich der Gemeindeverwaltung. Insbesondere die Belichtungs-

qualität konnte neben der architektonisch hochwertigen Gestaltung wesentlich gesteigert werden. Mit der neuen städtebaulichen Gestaltung des Baukörpers war die Erarbeitung eines neuen Quartierplanes notwendig. Vom Gemeinderat für die kantonale Vorprüfung freigegeben, fand vom 14. Januar 2013 bis 4. Februar 2013 die öffentliche Mitwirkung statt. Der erhöhte Kreditbetrag für die Planung von CHF 80'000.00, ergibt sich aus dem überarbeiteten Projekt. Wie bereits erwähnt, wurde der am 22. November 2010 genehmigte Nachtragskredit noch nicht beansprucht. Durch die Überarbeitung des Projektes sind mit der neuen Planung auch die Grundrisse völlig neu konzipiert und die Organisationsplanung der Büros muss nochmals komplett neu erfolgen. Die Planung erfolgt nun über 3 Geschosse (im Erdgeschoss halbe Nutzung) und nicht wie bislang über 2 Geschosse. Bei Bedarf ist die Reserve für verschiedene weitere Abklärungen vorgesehen. Für die Organisationsplanung wird ein erfahrener Fachplaner für Büroorganisation und Koordination beigezogen. Bei der Sondervorlage im 2010 haben wir über grobe und vorsichtige Kostenschätzungen zwischen CHF 15 – 18 Millionen exklusiv Möblierung und für die Möblierung ca. CHF 1.2 Millionen bei teilweiser Wiederverwendung des bestehenden Mobiliars, informiert. Beim überarbeiteten Projekt lautet die Kostenschätzung des Architekten aufgerundet CHF 18 Millionen plus/minus 25%. Bei der Möblierung hat sich gegenüber der Vorlage von 2010 nichts verändert. Die Fläche inklusive Reserve beträgt über 3'000 m² mit 23 Parkplätzen in der Einstellhalle sowie Archive, IT, Lager im Untergeschoss. Beim Erwerb von Stockwerkeigentum entsteht eine sichere Kostensituation und das Angebot wird nach der Detailplanung transparent vorliegen. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass sich die Überarbeitung des Projektes gelohnt hat. Die Realisierung einer modernen Gemeindeverwaltung an zentraler, publikumswirksamer und prädestinierter Lage an der Bahnhofstrasse ist einmalig und unterstreicht die zentrale Bedeutung der Bahnhofstrasse. Neubau und/oder Erweiterungsbauten am bisherigen Standort wären mit dem laufenden Betrieb der Verwaltung nicht vereinbar und sehr aufwändig: Provisorien zum Beispiel. Die bestehenden Bauten sind am Ende der technischen Lebensdauer und eine Sanierung wäre nur mit massiven räumlichen Kompromissen und ohne die heute gängigen Gebäudestandards möglich. Losgelöst von allen bestehenden Bauten kann am neuen Standort an der Bahnhofstrasse eine optimale neue Planung ohne eingeschränkte Rahmenbedingungen erfolgen. Das Grundstück am heutigen Standort an der Schlossstrasse soll nach der Realisierung des Neubaus an der Bahnhofstrasse im Baurecht zu Wohnzwecken zur Verfügung gestellt werden. Die Lage für eine Wohnnutzung ist mit der guten Anbindung an den öffentlichen Verkehr, kurzen Distanzen zum Einkauf und der nahen Parkanlage für alle Altersgruppen attraktiv. Es ergeben sich Einnahmen aus einem nachhaltigen Baurechtszins. Der Kredit von CHF 220'000.00 wird uns erlassen, wenn wir dort einziehen, was auch in der Vorlage von 2010 steht. Ich danke für ihre Aufmerksamkeit und bitte sie, dem Kredit von CHF 300'000.00 zuzustimmen.

Das Büro empfiehlt Eintreten und Direktberatung. Eintreten wird bestritten.

Patrick Weisskopf: Die Fraktion der Unabhängigen und Grünen beantragt Zurückweisung dieses Geschäftes an den Gemeinderat. Es hat mich aus den Socken gehauen, als wir gehört haben, dass wir nun von CHF 20 Mio. plus/minus 25% reden; ursprünglich waren es CHF 14 Mio. und nun wird es teurer. Schlimm ist, dass wir seit geraumer Zeit an der Verwaltung planen. Unbestritten ist, dass wir etwas machen müssen, und hat dies auch in der Beratung vom 22. November 2010 festgestellt. Schon damals war die Vorlage bestritten und wir hatten viele Fragen. Es wurde einiges gezeigt, aber wir Einwohner-räte hatten keine Grundlagen, uns seriös vorzubereiten und heute reden wir von einem Geschäft von CHF 24 Mio. Für uns in der Fraktion ist absolut wichtig - heute haben wir im Gegensatz zum letzten Mal keinen Zeitdruck - dass wir wirklich sehen, wie die Standortevaluation stattgefunden hat. Wir möchten diese Entscheide nachvollziehen und sollen für uns nicht so oberflächlich bleiben wie damals. Für uns ist fraglich, ob Stockwerkeigentum langfristig wirklich die günstigste Lösung und Alternative ist. Wir sind weiterhin überzeugt, dass es besser ist, wenn die Gemeinde auf eigenem Boden ein eigenes Pro-

jekt durchziehen würde. Das letzte Mal haben wir den Raumbedarf bemängelt; dort gibt es nun Änderungen. Es liegen weniger Details vor als das letzte Mal, als wir unter grossem Druck der Sondervorlage zustimmen mussten. Es wäre wichtig, nachdem nun das neue Konzept vorliegt, dass wir sehen können, wie sich es sich auf die 3 Stockwerke aufteilt. Im jetzigen Geschäft liest man nur, dass das Erdgeschoss teilweise von der Gemeindeverwaltung gebraucht wird. Was uns mit dem Stockwerkeigentum an dieser zentralen Lage sehr teuer kommt, ist die Parkplatzsituation mit einem kapitalintensiven Parkhaus, das mit Steuergeldern gebaut wird. Es wäre darum interessant zu wissen, ob das Parkhaus öffentlich zugänglich ist. Zusammenfassend ist für uns die Vorlage bzw. der Kredit in dieser Form nicht zu beurteilen. Wir möchten, dass es zurück an den Gemeinderat geht und noch einmal in detaillierter Form vorgelegt wird. Dann können wir über ein Geschäft entscheiden, in dem es um CHF 24 Mio. geht.

Diskussion zum Rückweisungsantrag

Andreas Seiler: Die FDP-Mitte-Fraktion sieht den Bedarf für eine neue Gemeindeverwaltung. Der jetzige Zustand mit den Containern ist für unsere Gemeindeangestellten mittel- und längerfristig nicht haltbar. Wir wollen eine Gemeindeverwaltung an einer zentralen Lage in Pratteln und nicht irgendwo am Rand einen günstigen Bau. An einer zentralen Lage direkt neben Tramhaltestelle oder Bahnhof kann man natürlich nicht ein kleines Gebäude mit 2, 3 oder 4 Stockwerken bauen. Man sollte, um das Bauland gut zu nutzen und nicht in die Breite zu bauen, ein höheres Gebäude aufstellen. Ein solches Gebäude kann natürlich nicht alleine für die Gemeindeverwaltung genutzt werden, so viel Platz brauchen wir nicht. Wir sehen auch, dass die Gemeinde hier nicht als Investor auftreten und den Rest des Gebäudes verkaufen oder vermieten sollte und so das gesamte Investitionsrisiko trägt. Darum finden wir die Vorlage und das Konzept des Stockwerkeigentums als richtig. Man kann natürlich sagen, dass wir noch dieses und jenes Detail sehen wollen. Es ist aber nicht Aufgabe des Einwohnerrates zu beurteilen, ob nun die Bürotische richtig aufgestellt sind oder nicht. Dieses sollen Experten machen und die Angestellten beurteilen. Schlussendlich ist genau ein Teil der Mehrkosten dafür vorgesehen, noch einmal zu planen, weil jetzt einiges geändert ist. Uns, zumindest mich, hat zu Beginn auch gestört, dass es nun plötzlich statt CHF 220'000.00 neu CHF 300'000.00 kosten soll. Es wurde schon relativ weit geplant hatte und nun hat sich gezeigt, dass man es anders lösen muss und so ein gewisser Teil der Arbeit noch einmal zu machen ist. Dies kostet Arbeit und Geld. Ich glaube nicht, dass wir hierin eine bessere Lösung finden, die ein ähnliches Projekt bietet. Darum sind wir der Meinung, auf das Geschäft einzutreten und dem Kredit zuzustimmen.

Gert Ruder: Zum Rückweisungsantrag der Unabhängigen und Grünen. Ich bin überhaupt nicht der Meinung, dass das Geschäft oberflächlich sei, sich der Gemeinderat nicht genügend Mühe gemacht und der Sache zu wenig angenommen habe. Ich bin der Meinung, dass wir auf dieses Geschäft eintreten sollen, weil sich der Gemeinderat seriös mit der Standortwahl und der zukünftigen Gemeindeverwaltung auseinandergesetzt hat. Ich bitte sie dringend, dem Rückweisungsantrag nicht zuzustimmen und dem Kredit zuzustimmen.

Christian Schäublin: Die SVP-Fraktion ist alle andere als zufrieden mit dieser Vorlage. Wir sind der Meinung, dass diese einmal mehr ungenügend ist. Seit dem letzten Kredit sind über 2 Jahre vergangen und die Vorlage ist immer noch unvollständig. Wir sind der Meinung, dass wir mit dieser Vorlage die Katze im Sack kaufen. Zu den Gesamtkosten ist nichts ausgesagt und geschrieben. GR Rolf Wehrli hat es vorhin mündlich mitgeteilt, aber Aussagen zu den Gesamtkosten gehören in eine Vorlage, sonst ist sie nicht vollständig. Es geht nicht um kleine Investitionen von einigen Hunderttausend, es geht um mehrere Millionen und dies muss entsprechend abgehandelt werden und dafür braucht es einen ausführlichen Kostenteil. Alles, was GR Rolf Wehrli gesagt hat, müsste in der Vorlage stehen, dies ist für uns grundsätzlich klar. Es ist auch keine Aussage zum Flä-

chenbedarf in dieser Vorlage enthalten. Ob nun 1, 2 oder 3 Stockwerke benötigt werden, gehört ebenso in eine die Vorlage. Weiter fragen wir uns, warum wir uns an den Planungskosten beteiligen müssen, wenn wir uns ja später einkaufen. Warum steigen die Planungskosten um CHF 80'000.00? Dies sind für uns Gründe, der Vorlage so nicht zustimmen aber dem Rückweisungsantrag der Unabhängigen.

Kurt Lanz: Wir haben uns eingehend mit dieser Vorlage beschäftigt. Papiermässig haben wir wirklich nicht viel erhalten, aber wir wissen, um was es geht. Wenn man das Gefühl hat, die Gemeinde müsse sich nicht an der Planung beteiligen, weil sie sich stockwerkmässig einkauft, bin ich nicht sicher, ob man das Gefühl hat, die Gemeinde Pratteln würde irgendwelchen Wohnraum mieten. Dann haben wir ein Wohnzimmer, das wir der Steuerverwaltung geben und das Schlafzimmer für ... Hier braucht es den Einfluss der Gemeinde, weil wir eine Verwaltung wollen und es ist klar, dass die Gemeinde Einfluss nehmen muss. Ich höre, es sei nicht ganz klar, was es koste. Ich hoffe, dass nun der Planungskredit zeigt, was gemacht werden muss und dann haben wir die Kosten auf dem Tisch. Oder haben sie das Gefühl, der Gemeinderat könne mit einer neuen Vorlage und ohne Geld, genau sagen, was die neue Verwaltung kosten würde und dies in die Vorlage schreiben? Am Schluss haben wir ein Desaster, weil der Gemeinderat nicht sauber abklären konnte, die Zahlen nicht stimmen und die Reklamationen hierin fangen wieder an. Es geht um einen Planungskredit d. h., es muss geplant werden, und nachher wissen wir, was es kostet und diese Aussage erwarte ich erst von der späteren Vorlage. Wenn wir nun diesen Planungskredit verhindern, habe ich das Gefühl, es gehe nur darum, etwas anderes, nämlich die neue Verwaltung an diesem Standort, zu verhindern. Der Gemeinderat hat schon das letzte Mal gesagt, warum er auf diesen Standort gekommen ist. Die SP-Fraktion findet diesen Standort richtig und daher bitte ich, den Antrag des Gemeinderates zu unterstützen.

Patrick Weisskopf: Es geht darum, den Antrag zurückzuweisen, damit der Gemeinderat seine Aufgaben noch einmal machen und uns vorlegen kann, damit wir eine saubere Entscheidungsgrundlage haben. Es geht darum, dass wir klare Darstellungen der Alternativen haben, weil wir er Meinung sind, dass es günstigere Alternativen gibt und wir fordern auch, dass es hier zu einer günstigeren Lösung kommt als einen 24-Millionen-Palast. Vorhin wurden CHF 20 Mio. genannt plus/minus 20% und mit diesen 20% macht dies CHF 24. Mio. Wir reden also von einem Worst-Case von CHF 24 Mio. Von mir aus auch 14 oder 18 oder 20 Mio. Als Einwohnerrat sehe ich mich in der Pflicht, dass ich nachvollziehen kann, wie man auf diesen Standort gekommen ist und uns die Alternativen dazu darstellt und sagt, was dies in CHF bedeutet. Sonst sind wir in der Situation des Feuerwehrmagazins: Es könnte ein Behördenreferendum geben und der Gemeinderat macht dann diese Aufgaben für das Abstimmungsbüchlein. Dies ist schade, weil wir als Einwohner ein Anrecht auf diese Informationen hier an dieser Sitzung haben und als Einwohnerrat habe ich die Aufgabe, zu prüfen, ob dies die richtigen Informationen sind und diese habe ich nicht.

GR Rolf Wehrli: Zum Rückweisungsantrag: Ohne Geld können wir grundsätzlich weder an der Bahnhofstrasse noch am bestehenden Standort noch an Alternativen planen. Viele Alternativen haben wir nicht. Wir reden auch nicht von CHF 24 Mio. Woher diese Zahl kommt, frage ich mich. Ich habe deutlich gesagt: Im Jahr 2010 haben wir von CHF 15 - 18 Mio. gesprochen und heute reden wir von CHF 18 Mio. Es handelt sich um Grobschätzungen, um Prognosen und um die Prognosen zu erhärten, müssen wir planen. Dies kann weder der Gemeinderat noch der Einwohnerrat, dies müssen Fachleute und dann haben wir Transparenz und die Detailkosten auf dem Tisch. Es ist egal, was wir entscheiden, wir brauchen Mittel, um die Detailplanung zu machen. Wir haben 2010 hierin relativ ausführlich über die Planung informiert. Jetzt habt ihr die Sondervorlage auf dem Tisch wir haben die Begründungen gesagt, dass wir nun 3 statt 2 Geschosse haben. Die Gemeinde baut auch kein Parkhaus; es gehört nicht uns, wir kaufen Plätze darin. Die Chance, allenfalls auf dem bestehenden Gemeindeverwaltungsareal guten Wohnraum zu erstellen und Baurechtszinsen einzunehmen - das Land wollen wir nicht

verkaufen, sondern behalten und im Baurecht abgeben - sollten wir uns nicht entgehen lassen und mit diesen Baurechtszinsen kann man etwas anderes anfangen. Heute reden wir nicht von CHF 24 Mio., wir reden von CHF 300'000.00 und nicht mehr und nicht weniger mit einer gewissen Reserve, falls es zusätzliche Abklärungen geben sollte. Wir wollen dem Einwohnerrat nachher eine transparente Kostenvorlage bringen, ohne Planung und etwas zu investieren, funktioniert dies nicht. Ob nun im Norden oder Süden oder oben oder unten, es funktioniert ohne Geld nicht. Beim Feuerwehrmagazin hat uns das Volk aufgrund der Vorlage grosses Vertrauen geschenkt und so soll es hier auch sein: Mit einer Vorlage, die man präsentieren und über die man diskutieren kann. Aber es muss durch Fachleute geplant werden und kostet Geld. Es kostet immer Geld und jetzt reden wir von CHF 300'000.00. Ich bitte sie auf die Vorlage einzutreten und im Anschluss können wir die Diskussion noch einmal führen und dem Kredit zustimmen.

Kurt Lanz: Ich bin nicht ganz sicher, um was es tatsächlich geht. Ich habe notiert: Möglicherweise ist für die SVP und die Unabhängigen der Ortsfindungsprozess nicht zufriedenstellend abgelaufen. Wenn dem so ist, sollen diese sagen, wo sie die Verwaltung gerne hätten. Wenn wir diesem Kredit zustimmen, geht es um die Planung an diesem vom Gemeinderat vorgeschlagenen Standort. Wenn der Standort euch nicht passt, kommt hierhin und teilt dem restlichen Rat mit, wo die neue Verwaltung sein soll und dann können wir darüber diskutieren. Aber darüber diskutieren, CHF 300'000.00 für vernünftiges Planen nicht in die Hand zu nehmen, verstehe ich nicht.

GP Beat Stingelin: Entschuldigung wegen vorhin, aber auch mich haben diese Unwahrheiten aus den Socken gehauen. Wenn man uns unterschiebt, dass es CHF 24 Mio. kostet, wenn wir um CHF 300'000.00 Planungskredit diskutieren, ist dies unseriös. Wenn man sagt, wir hätten keine Alternativen angeschaut, ist dies auch unseriös. Alle hier erinnern sich daran, dass der Gemeinderat ganz zu Beginn in das Gebäude „Bruce Lee“ wollte mit der Gemeindeverwaltung. Dies haben alle gewusst. Man wusste auch, dass die UBS den Bau mit den Stockwerken nicht verkauft und man nur mieten konnte. Also war es gar keine Alternative. Der nächste mögliche Standort war „Häring“. Es wurde abgeklärt, ob Häring am jetzigen Standort oder der hier vorgeschlagene. Man muss nicht lange diskutieren, welcher Standort der bessere ist und dies ist wirklich an der Bahnhofstrasse, besonders für ein Gebäude, das in die Höhe gebaut werden soll. Der Gemeinderat hat schon vor 7 oder 8 Jahren überlegt, ob man um den Bahnhof herum höher bauen könnte. Dies zeigte auch die kürzliche Abstimmung und dies dürfte auch im Sinne der Unabhängigen und Grünen sein. Wenn Patrick Weisskopf sagt, dass im Norden des Gebäudes ein Baum nicht wachsen kann und dies sein grösstes Problem ist, dann muss er es auch so sagen.

Urs Hess: Wir wurden aufgefordert, einen anderen Standort bekannt zu geben. Es ist klar, dass der Gemeinderat vor 3 Jahren die Standortabklärungen getroffen hat. In der Zwischenzeit sind die verschiedenen Gebäude weiter gediehen und ich erwarte, dass man nicht eine Vorlage bringt, weil man eine bringen muss, weil es bei der Budgetdiskussion so verlangt wurde, sondern eine Vorlage mit Hand und Fuss. Die vor uns liegende Vorlage hat weder Hand noch Fuss; GR Rolf Wehrli hat zwar noch einige Erläuterungen dazugegeben. Wenn wir jetzt CHF 300'000.00 sprechen für genau diesen Standort, dann ist dies falsch, aber man kann den Fächer aufmachen. Ich bin nicht der Meinung, dass der jetzige Standort der Gemeindeverwaltung an der Schlossstrasse der absolut richtige ist, sondern dass man auch andere Standorte prüfen kann. Ich denke insbesondere an den Häringstandort und andere in dieser Umgebung, wo es Neubauten gibt. Man muss den Fächer aufmachen, und dass es dafür Geld braucht, ist mir auch klar. Darum ist es schlau, das Geschäft jetzt zurückzuweisen, um dem Gemeinderat die Chance zu geben, eine Vorlage zu bringen, in der diese Eventualitäten enthalten sind und man klar aufzeigen kann, wo der beste Standort ist. Ich habe mich seinerzeit beim Feuerwehrmagazin geweht, weil ich gesagt habe, die Zahlen stimmen nicht und mit CHF 300'000.00 weiss man vielleicht bei diesem Objekt, wo es schlussendlich steht oder auch nicht. Beim letzten Mal hat der Gemeinderat bewiesen, dass es nicht gegangen ist.

Ich denke, es ist besser, wir weisen dieses Geschäft an den Gemeinderat zurück und man kann andere Standorte wieder aufnehmen und mit einer neuen Vorlage kommen. Mich stören die CHF 300'000.00 nicht. Mich stört, dass man sich komplett auf einen einzigen Standort fixiert und den Fächer nicht wieder aufmacht.

Stephan Ackermann: Es sind wichtige Voten gefallen. Dank an Kurt Lanz, dass du versucht hast, eine sachliche Diskussion herbeizuführen und aufzuzeigen, um was es geht. Dieser Punkt wurde auch von Urs Hess gesagt - der Standort. Im Moment ist der Gemeinderat auf diesen Standort Coop-Parkplatz festgefahren. Bedenken zu diesem Standort und ob es wirklich die erste Wahl ist, wurden schon vor 2 Jahren hierin geäußert. Man machte damals Zeitdruck geltend und sagte auch, der Gemeinderat hätte sich auf diesen Standort festgelegt und es gäbe keinen anderen. Es gibt ganz klar andere Standorte und auch aus meiner Sicht ist der Coop-Parkplatz gut und würde passen, aber warum nicht dort, wo man jetzt ist? Zur Häringüberbauung: Damals wurde klar vom Gemeinderat in einer Fragstunde bei einer Nachfrage von mir gesagt, dass die Prioritäten des Gemeinderates den Standort „Häring“ ausgeschieden hätten. Wir wollen den Standort nicht bei der Gemeindeverwaltung, wir wollen nicht bei „Häring“, wir wollen beim Coop. Dies ist ein Beschluss des Gemeinderats und nur des Gemeinderates. Bei dieser Beschlussfassung hat der Gemeinderat nicht den ganzen Einwohnerrat mitgenommen und auch in den beiden vergangenen Jahren sind wir noch nicht weiter. Wir sind immer noch der Meinung, es sei zu wenig angeschaut worden. Für mich spricht für den Standort Häring, dass dort eine Entwicklung stattfindet. Wo wird das Tram schlussendlich durchführen? Wo gibt es eine neue Tramstation und wo werden Busse zusammenkommen und wie wird der Bahnhof geöffnet und wo sind die Perronaufgänge? Könnte nicht alles, das in das Gebiet Häring rücken und für uns interessant werden? Wenn man nun die Schulen anschaut und welche Schulhäuser noch gebraucht werden, eröffnet dies neue Möglichkeiten. Was passiert mit einem Burggartenschulhaus, was passiert mit dem gelben Schlossschulhaus und was passiert mit dem Feuerwehrmagazin: Vielleicht gibt es dort gewisse Potenziale. Dies sind offene Fragen und es wichtig, dass dies im Einwohnerrat sachlich und nachvollziehbar dargelegt wird, damit wir mit gutem Gewissen einem Planungskredit nachkommen. Ich würde es begrüßen, wenn es sein muss, einem grösseren Planungskredit zuzustimmen, um den Fächer breiter zu machen, damit wir uns eine fundierte Meinung bilden können. Die Zahlen lasse ich aus, weil wir hier bei einer sachlichen Diskussion bleiben müssen.

Andreas Seiler: Ich weiss nicht, wie lange wir noch planen und evaluieren und Berichte schreiben wollen. Dies kostet alles Geld. Wir haben einen guten Standort und der Gemeinderat hat eine gute Entscheidung getroffen. Vielleicht wäre das Häringareal auch ein guter Standort aber irgendwann muss man sich entscheiden. Ich weiss nicht, was sich gewisse Einwohnerräte hier vorstellen. Vielleicht, dass wir 3 pfannenfertige Vorlagen bekommen und dann auswählen, was wir wollen? Dann müssen wir aber nicht CHF 300'000.00, sondern CHF 900'000.00 sprechen, um dieses 3-mal zu machen und dafür ist mir das Geld zu schade. Die Vorlage ist gut und mit CHF 300'000.00 erhalten wir, was wir brauchen und der Entscheid für diesen Standort war richtig.

GR Max Hippenmeyer: Eigentlich wollte ich nichts sagen, aber so, wie es heute Abend abläuft, finde ich nicht seriös. Ich richte mich vor allem an die Grünen und Unabhängigen. Was ihr hier bietet, ist, auf Deutsch gesagt, unter aller Sau. Seid ehrlich und sagt, dass ihr dies verhindern wollt, dann wissen wir, voran wir sind. Vor 2 Jahren hat der Einwohnerrat hierin einen Planungskredit von CHF 220'000.00 bewilligt. Wir haben mit der Arbeit begonnen und gemerkt, dass man das Projekt abändern muss und der Kredit nicht ganz ausreicht. Wir hätten auch mit dem Planen beginnen und die CHF 220'000.00 verbrauchen können und wären irgendwann mit einem Nachtragskredit gekommen. Wir sind ehrlich und transparent und legen die Karten auf den Tisch und was ist das Resultat? Es wird nach anderen Standorten gesucht. Dies ist unseriös und so lässt sich nicht politisieren. Stimmt dem Planungskredit zu, es resultiert nichts Besseres und ihr wart damit einverstanden, dass die Bahnhofstrasse ein guter Standort ist. Das Tram hält beim

Häringareal nicht vor der Türe, was nicht optimal ist. Wenn man immer wieder und wieder neue Standorte ins Spiel bringt, kommt man dahin, wo gewisse Personen sein wollen, dass wir in 20 Jahren noch keine neue Gemeindeverwaltung haben. Stimmt dieser Vorlage zu.

Patrick Weisskopf: Ich musste mir schon viel hierin anhören und werde immer in die Ecke gedrängt, ich sei unseriös, gewerbefeindlich usw. Von einer seriösen Evaluation erwarte ich auch etwas. Dies ist ein sehr attraktiver Standort. Wenn wir von Stadtplanung reden, erwarte ich von euch, dass ihr euch überlegt, was ihr dort als Stadt Pratteln erreichen wollt. Ein Verwaltungsgebäude hat wann offen? Es hat von Montag bis Freitag offen und vermutlich von 9 – 17 Uhr. Wann sind die meisten Leute dort? Vermutlich sind es die Pendler, die zur Arbeit gehen, und zwar von morgens um 7 Uhr bis um 9 Uhr und dann kommen sie wieder um 17 – 19 Uhr vorbei, d. h., die Gemeindeverwaltung hat für die meisten Leute geschlossen. Das Nächste: Überlegt euch, wie oft jemand in eine Gemeindeverwaltung geht. Ich laufe jedes Mal am Platz vorbei, 220 Mal im Jahr, aber in eine Gemeindeverwaltung gehe ich 1-mal im Jahr. So zentral, so topzentral ist vielleicht ein anderes, attraktives Geschäft, das für die Einwohner mehr bringt. Wer geht in die Gemeindeverwaltung? Kommen sie tatsächlich mit dem Tram, kommen sie mit dem Auto? Ich kann es nicht beurteilen. Für mich ist wichtig, zu wissen, welches Kriterium zentral ist und wie zentral eine Gemeindeverwaltung sein muss und wie viele Meter von einer Busstation entfernt und wo fahren in Zukunft die Busse? Ihr erzählt, dass ihr die Tramstation Pratteln Dorf aufheben wollt und auf diesen Geleisen eine Strasse, von mir aus eine Flanierstrasse machen wollt. Ihr wollt Geschäfte haben und Leben hineinbringen. Erklärt mir, warum die heutigen Gebiete für öffentliche Bauten nicht mehr genügend sind. Dies sind Sachen, von denen ich erwarte, dass gezeigt wird, mit welchen Kriterien und Gewichtung die Standortevaluation gemacht wurde. Dann ist für mich eine Standortevaluation klar. Ich muss dieses täglich im Geschäft in einem anderen Gebiet machen. Aber mit einer solchen Vorlage käme ich bei der Geschäftsleitung nie durch und darum gebe ich euch die Chance, Transparenz hineinzubringen und auszusagen, wie ihr dies erledigt habt. Kommt nicht einfach mit „Wischiwaschi“. Mir wirft man „Wischiwaschi“ vor, und dies kann ich bei euch auch. Gebt dem Gemeinderat die Chance, das Geschäft seriös vorzubereiten und in einer seriösen Evaluationsmatrix mit Punktegewichtung aufzuzeigen, warum es so herausgekommen ist. Dann erst gibt es eine Planung.

Urs Hess: Wenn man eine andere Meinung hat, ist man unseriös. Dies hat vorhin GR Max Hippenmeyer gesagt. Dies glaube ich zwar nicht; man kann unterschiedlicher Auffassung sein und dies hat mit Seriosität nichts zu tun. Ich habe vorhin probiert, hierin zu sagen, man solle nicht polemisch sein. Wahrscheinlich wollen alle zusammen eine neue Gemeindeverwaltung an einem anderen Standort. Die Wege, die man hierzu aufmachen kann: Ich bitte diejenigen, die das Gefühl haben, man müsse das Geschäft durchdrücken, das Geschäft dem Gemeinderat zurückzugeben, damit er die Bedenken, die von der Hälfte des Einwohnerrates vorhanden sind, noch einmal aufnehmen kann und eine Vorlage bringt, in der diese Punkte enthalten sind. Dann haben wir eine grosse Mehrheit für die Gemeindeverwaltung an diesem Standort, den man evaluiert hat. Nehmt den Ball auf, geb das Geschäft an den Gemeinderat zurück und später haben wir eine grosse mehrheitsfähige Lösung, ohne dass Behördenreferenden im Raum stehen und wir eine verfahrenere Situation haben. Der Weg wäre geebnet, der Gemeinderat nimmt die Vorlage zurück. Wahrscheinlich hat er schon sehr viel parat und kann eine Vorlage bringen, wo wir sauber beraten und entscheiden können. Dies ist der richtige Weg für eine neue Gemeindeverwaltung.

Mauro Pavan: Es wird schon lange über Rückweisung oder Eintreten diskutiert, darum sollen nur noch diejenigen reden, die auf der Rednerliste stehen. Wenn wir eingetreten sind, können weitere Voten erfolgen.

://: Der Rat stimmt diesem Vorgehensvorschlag stillschweigend zu.

Dominik Holenstein: Ich wusste nicht, dass wir in einem Saustall sind, und bin schockiert über solche Äusserungen. Ich selber bin im Einwohnerrat und in einem Gremium, in dem man miteinander diskutiert und auch kontroverse Meinungen austauschen kann, damit man für das entsprechende Thema eine gute Lösung findet. Ich finde es despektierlich, wenn man solche Voten vom Gemeinderat anhören muss. Ich war genau aus diesen Gründen damals schon gegen den Planungskredit. Ich finde, dass keine saubere Evaluation gemacht wurde und wir keine Informationen über vergleichbare Standorte hatten. Was seinerzeit vom Gemeinderat zu den verschiedenen Standorten gebracht wurde, 2 – 3 Sätze pro Standort, ist für mich ungenügend. Ich erwarte auch, dass er etwas Gescheites bringt, das sauber und transparent ist und schreibt, was man abgeklärt hat und welches die Vor- und Nachteile sind. Es ist schade, dass man 2 Jahre ungenutzt hat verstreichen lassen. Der Gemeinderat hat seine Aufgaben nicht gemacht und ich bin klar für Rückweisung.

Mario Puppato: Auch mich hat es geärgert. Was Patrick Weisskopf jetzt gesagt hat, haben wir an jedem Standort. Was haben die Öffnungszeiten mit der Eintretensdebatte zu tun? Es geht darum, über CHF 300'000.00 für einen Planungskredit abzustimmen - Ja oder Nein. Und am Schluss entscheidet das gesamte Volk, das zur Abstimmung geht, ob wir eine neue Gemeindeverwaltung wollen, so wie es dann ausgearbeitet ist. Wir haben heute ein Risiko von CHF 300'000.00 und wenn wir hierin eine Mehrheit für das Projekt oder spätestens beim Volk haben, sind wir durch. Wenn nicht, fangen wir bei null an. Ich möchte es den Leuten auf der Gemeindeverwaltung nicht zumuten, noch länger zu warten und unter den Bedingungen zu arbeiten, die sie jetzt haben. Darum bitte ich euch, hört mit der Eintretensdebatte auf und stimmen wir ab, ob Eintreten oder nicht, dann können wir dieselben Argumente noch einmal bringen und noch einmal von vorne beginnen bis 10 Uhr abends. Hört auf zu diskutieren; die Rednerliste ist geschlossen, wir stimmen wir ab.

GR Ruedi Brassel: Es wurde gesagt, der Gemeinderat hätte den Einwohnerrat bei diesem Geschäft mitnehmen sollen, um eine Chance zu geben, den Entscheid nachzuvollziehen. Ich erinnere daran, dass wir im November 2010 diese Diskussion schon einmal geführt haben. Wir hatten eine Vorlage und diese ist dieser Vorlage von heute angeheftet. Damals wurden CHF 220'000.00 für die Projektierung gesprochen. Nun hat man festgestellt, als man am Projekt weitergearbeitet hat, dass mehr Geld nötig ist. Darum kommt diese Vorlage noch einmal mit CHF 80'000.00 mehr. Der Standort ist allen bestens bekannt, die damals schon im Rat waren. Ich darf auch ans Abstimmungsergebnis erinnern, das damals 28 zu 1 für den Kredit von CHF 220'000.00 gelaute hat bei 10 Enthaltungen. Was sich jetzt an diesem Standort so massiv verschlechtert haben soll, dass man eine solche Debatte führen muss, entgeht meinen Vorstellungen und ich hoffe, dass sich einige Personen hierin ihrer Haltung damals erinnern und zustimmen.

Abstimmung über den Rückweisungsantrag

://: Der Rat lehnt einen Rückweisungsantrag von Patrick Weisskopf, Fraktion Unabhängige Pratteln, mit 14 Ja zu 19 Nein bei 1 Enthaltung ab.

Der Rat ist damit auf das Geschäft eingetreten. Eine Diskussion zum Geschäft findet nicht statt und es folgt die Schlussabstimmung.

Der Rat beschliesst mit 19 Ja zu 14 Nein bei 1 Enthaltung:

://: Der Kredit von CHF 300'000 für die Planung des neuen Verwaltungsgebäudes auf Parzelle Nr. 4042, Bahnhofstrasse, wird genehmigt.

Behördenreferendum

14 Mitglieder (Christian Schäublin, Erich Schwob, Urs Schneider, Christoph Pfirter, Urs Hess, Rolf Hohler, Philippe Doppler, Roland Kuny, Benedikt Schmidt, Stephan Ackermann, Dominik Holenstein, Christoph Zwahlen, Patrick Weisskopf und Emil Job) des Einwohnerrates haben gegen den obenstehenden Beschluss gemäss Ziff. 3.4.8 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates das Behördenreferendum ergriffen. Damit ist das Behördenreferendum zu Stande gekommen.

Geschäft Nr. 2825

Formulierte Gemeindeinitiative für die „Ausfinanzierung der Basellandschaftlichen Pensionskasse“

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderats vom 5. Februar 2013

GR Max Hippenmeyer: Gut gibt es eine Kaffeepause und ich entschuldige mich für meine falsche Wortwahl zum vorherigen Geschäft. Als mildernden Umstand kann ich erwähnen, dass uns dieses Geschäft (Neubau Gemeindeverwaltung) sehr am Herzen liegt und daher viel Herzblut enthält.

Um es vorwegzunehmen: Bei dieser Vorlage geht es nicht um die Sanierung der BLPK an sich, sondern nur darum, ob die Gemeinde Pratteln eine bereits zustande gekommene Gemeindeinitiative zu diesem Thema mitunterzeichnen soll oder nicht. Die Sanierung der BLPK gibt seit Längerem zu reden und wird uns noch weiter beschäftigen. Es liegt eine Vorlage des Regierungsrates an den Landrat auf dem Tisch, die entsprechende Kommission hat ihre Beratungen dem Vernehmen nach abgeschlossen und die Vorlage soll im nächsten Monat im Landrat beraten werden. Die vom Regierungsrat vorgeschlagene Lösung ist nach Ansicht der Initianten dieser Gemeindeinitiative viel zu teuer und dementsprechend für viele Gemeinden ohne massive Steuererhöhungen kaum zu finanzieren. Ziel der Initiative ist, dass die Baselbieter Steuerzahlenden nur einmal über die Reform und die damit verbundene Finanzierung abstimmen müssen und die Kostenfolge via allfällige Steuererhöhungen nur an einer Stelle, nämlich bei den Kantonssteuern zu spüren bekommen. Das heisst nicht, dass sich die Gemeinden aus der Verantwortung stehlen wollen, aber stellen sie sich vor, dass die Sanierung für die Kantonsangestellten vom Stimmvolk gutgeheissen würde und dann für die Gemeindeangestellten in 86 kommunalen Abstimmungen vor allem in den reicheren Gemeinden abgelehnt würde. Chaos pur! Die Initianten sind der Meinung, das Problem sei zentral entstanden und soll auch zentral gelöst werden. Die Initiative hat nicht den Anspruch, das Gelbe vom Ei zu sein in dieser Problematik, aber sie soll ein Druckmittel sein, um die bestehende Vorlage zu verbessern und vor allem eine einheitliche Lösung ermöglichen. Ein Wettbewerb unter den Gemeinden ist zu vermeiden. Es ist nicht einzusehen, warum die Sanierung in der Gemeinde X 3 Steuerprozent kosten soll und in der Gemeinde Y 5 oder 6, denn das Problem ist ja überall das Gleiche. Der Kanton kann sich viel billiger am Kapitalmarkt finanzieren als die meisten Gemeinden. Auch ist nicht einzusehen, warum die Gemeinden die Deckungslücke zum technischen Zinssatz von 3% verzinsen sollen, wenn das Geld zum halben Zinssatz zu haben ist. Und die vorgeschlagene Amortisation über 40 Jahre - viele von uns hier im Saal werden das wahrscheinlich leider gar nicht mehr erleben - ist viel zu lang. Wir haben uns von allem Anfang an seriös mit der ganzen Materie auseinandergesetzt und haben schon früh einen externen Berater beigezogen. Allerdings fühlen wir uns auch der Solidarität unter den Baselbieter Gemeinden verpflichtet, deshalb haben wir uns auch in den Beratungen der Initianten dieser Initiative eingebracht. Wir halten uns alle Optionen offen: klar ist, dass die Lösung, wie sie vom Kanton vorgeschlagen wurde, so kaum infrage kommt. Die Initiative ist wie bereits erwähnt

schon zustande gekommen, bis heute haben 10 Gemeinden zugestimmt und diese Woche beschliessen weitere 15 Gemeinden darüber. Es wäre schön und würde sicher von den Initianten mit Wohlwollen begrüsst, wenn auch Pratteln, als mittlerweile gewichtige Stimme zu den Mitunterzeichnenden gehören würde. Denn je mehr Gemeinden die Initiative mittragen, desto grösser ist ihr Gewicht. Deshalb bitte ich sie, dem vorliegenden Beschlussantrag zuzustimmen.

Das Büro beantragt Eintreten und Direktberatung. Eintreten wird nicht bestritten und es folgt die Diskussion.

Christine Gogel: Wir anerkennen den Finanzierungsbedarf der Pensionskasse; allerdings erstaunt uns die Umsetzung dieser Reform. Die Gemeindeinitiative kommt hier als neues Element dazu. Sie ist viel einfacher und transparenter als der des Regierungsrates und entschärft die Komplexität des Themas und der Vorgehensweise. Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass die Pensionskasse ein grosses Ganzes bleiben muss. Man muss die Finanzierung aus dem ganzen Kanton mit Solidarität führen und wir sehen dies als Unterstützung der kleineren Gemeinden. Es soll nicht jede einzelne Gemeinde zu einer anderen Versicherung wechseln. Der Kanton soll dies für alle regeln. Der Vorschlag des Regierungsrates will uns den schwarzen Peter zuspielen und der Kanton schiebt die hohen Lasten auf die Gemeinden. Die SP-Fraktion setzt hier stark auf den Zusammenhalt unter den Gemeinden. Ein exzessiver Wettbewerb um attraktive Steuern oder Arbeitsbedingungen soll verhindert werden. Wenn der Kanton dieses Ausfinanzierungsverfahren will, soll er es selber ausbaden. Eine Wahl haben wir ja nicht gehabt; wir haben nur eine grosse Zahlungspflicht. Für die Gemeinde Pratteln bedeutet dieses eine schwerwiegende Angelegenheit. Wir müssen die Steuern erhöhen, damit wir bei der Ausfinanzierung mithelfen können und/oder die Investitionen zurückfahren. Darum unterstützt die SP-Fraktion die Initiative. Wir sind der Meinung, es sei der Hebel, der vielleicht noch etwas bewirken kann. Eventuell gibt es noch die Chance, eine Teilkapitalisierung ins Auge zu fassen. In anderen Kantonen redet man; die Regierung verweigert uns aber diese Variante. Der aktuelle Kapitalbedarf könnte mit einer Teilkapitalisierung reduziert werden. Irgendwann werden die Renditen wieder ansteigen und die jetzt bestehenden Lücken könnte man dann besser schliessen. Ich danke dem Gemeinderat für das Engagement in dieser Angelegenheit und es freut mich, dass Pratteln, ausgehend von der guten Finanzlage, als Partner und Meinungsbildner genannt und ernst genommen wird.

Urs Hess: So euphorisch sehen wir dies in der SVP-Fraktion nicht. Wir haben lange diskutiert, ob dies ein guter Weg ist. Vorteil ist, wenn man der Gemeindeinitiative zustimmt, dass die Gemeinden nicht gegeneinander ausgehebelt werden. Die Gemeinden haben alle profitiert. Die Mitarbeitenden der Gemeinde haben von einer Pensionskasse profitiert und auch vom Kanton. Man hat den Leuten viel zu viel versprochen, was man nie halten konnte und nun müssen wir als Steuerzahler das finanzieren, was versprochen wurde und daran muss man sich auch halten. Dass man das System nun umkehrt und vom Leistungs- zum Beitragsprimat wechselt, ist ein guter Weg. Über das diskutieren wir aber nicht. Wir diskutieren darüber, ob der Kanton auch die Last von allen Gemeinden zahlen soll oder ob es jede Gemeinde selber zahlen soll. Es ist ein austariertes System, wo man versucht hat, alle zu beteiligen und man jetzt einen Weg gefunden hat. Nun kommt eine Gemeindeinitiative, die alles auf den Kopf stellen will. Die Zeit drängt und ich will nicht noch auf die Gemeindeinitiative eintreten. Die SVP ist mit grosser Mehrheit gegen die Gemeindeinitiative.

Jens Dürrenberger: Ich kann mich dem Votum von GP Beat Stingelin anschliessen. Ich spreche im Namen der Fraktion FDP-Mitte. Wir als Fraktion unterstützen die Gemeindeinitiative betreffend Ausfinanzierung der BLPK. Probleme mit der BLPK gab es schon länger und nun müssen Lösungen gefunden werden und plötzlich muss es schnell gehen. Die Kantonsregierung hat uns einen Vorschlag gemacht, der leider vorschnell, ungerecht und teuer ist. Ungerecht darum, weil diejenige Gemeinde zahlt, bei der der Mit-

arbeiter zuletzt gearbeitet hat. Wenn wir nun einen Mitarbeiter erst 3 Monate angestellt haben, beispielsweise die neu angestellten Personen für das Sozialwesen, müssen wir das ganze Defizit für diese Personen und die ganze Ausfinanzierung tragen und dies ist nicht in Ordnung. Gleiches gilt für das Lehrpersonal. Auch dieses ist zur Gemeinde gekommen, als es schon lange ein Defizit in der Pensionskasse gab und dies ist Sache des Kantons und nicht von Pratteln. Der Hauptgrund ist die Vollkapitalisierung, die viel zu teuer ist und ausserdem sind 3% Zins für den Kredit in der heutigen Zeit viel zu hoch. Ich könnte noch mehr sagen, höre aber jetzt auf. Bitte folgen sie meinen Argumenten und stimmen sie für die Gemeindeinitiative.

Marc Bürgi: Ich rede für mich und nicht für die Fraktion. Ich war vorhin der Meinung, dass die Gemeindeinitiative eine gute Idee ist, habe mir aber überlegt, dass ich nicht nur die Gemeinde, sondern auch den Bürger vertrete, den Wähler und den Steuerzahler. Für den Steuerzahler spielt es keine Rolle, ob es mit der Gemeindeinitiative gemacht wird oder vom Regierungsrat her. Ich rede nicht im Namen von Herrn Balmer; wir wissen alle, die BLPK muss saniert werden und dies per 1.1.2014, dann tritt ein Bundesgesetz in Kraft und ab diesem Zeitpunkt reicht die Kantonsgarantie nicht mehr. In der BLPK sind neben den Gemeinden auch Bürgergemeinden, Forstbetriebe, Landeskirche, Kirchgemeinden, Heime, Beratungsstellen, soziale Einrichtung wie Spitex und auch die Gebäudeversicherung BL, die Baselbieter Kantonalbank und die Wirtschaftskammer BL. Alles in allem sind dies nicht nur 86 Gemeinden, sondern insgesamt 230 Körperschaften. Die formulierte Gemeindeinitiative verlangt klar, dass der Kanton die Deckungslücke für alle ausfinanziert. In der Vorlage steht auch, dass beispielsweise Bedingung ist, dass die Gemeinden durch die Ausfinanzierung durch den Kanton profitieren, wenn sie mindestens 5 Jahre dabeibleiben. Dies steht nicht im Gesetzestext, dort steht nur, dass der Kanton die BLPK vollständig ausfinanziert. Jede Gemeinde hat als Arbeitgeberin mit der BLPK einen Vertrag abgeschlossen und auch die anderen Körperschaften. Für den Vertrag ist die Gemeinde selbstverantwortlich. Ich bin der Meinung, dass die Gemeinde die Verantwortung nicht einfach an einen Dritten, den Kanton, abschieben kann. Alle Gemeinden sind auch im Verwaltungsrat der BLPK vertreten. Auch wenn der Kanton die Deckungslücke der Gemeinde ausfinanziert, müsste jede Gemeinde ihren Vertrag trotzdem neu verhandeln und in der Gemeinde darüber abstimmen, d. h., es gäbe trotzdem 86 Abstimmungen. Zusätzlich führt die Initiative zu einer massiven Ungleichbehandlung, weil es Personen gibt, die nicht nur bei der BLPK sind und dies wäre unfair den anderen gegenüber. Ein wichtiger Punkt: Die Gemeindeinitiative widerspricht ganz klar der Charta von Muttens. In dieser sind eine Dezentralisierung und mehr Gemeindeautonomie verlangt. Die Gemeindeinitiative geht in eine komplett andere Richtung. Die Initiative bringt meiner Meinung nach mehr Probleme, auch was den Finanzausgleich betrifft. Die angeschlossenen Arbeitgeber der BLPK haben die Möglichkeit, die Ausfinanzierung selber zu bestimmen. Alle 230 Körperschaften können dies in Zusammenarbeit mit dem Kanton machen. Der Kanton hat jetzt noch eine AAA-Wertung und kann daher für jede Gemeinde, die ihn anfragt, günstig Geld besorgen oder eine Schuldanerkennung. Sollte der Kanton die gesamte Deckungslücke der BLPK ausfinanzieren, würde dies die Finanzen des Kantons noch weiter aus dem Lot bringen und der Kanton wird mit Sicherheit das gute Rating verlieren. Dies bedeutet, dass er nicht mehr zu günstigem Geld kommen wird. Die Gemeindeinitiative löst keine Probleme. Sie vereinfacht auch nicht wie behauptet die Sanierung der BLPK. Dass sich meiner Meinung nach in dieser Situation die Gemeinden aus der Verantwortung verabschieden, finde ich persönlich nicht in Ordnung. Wir reden von CHF 1 Mia., die der Kanton sowieso tragen muss, zu 1.2 Mia., die sich auf die 230 Körperschaften beziehen. Wenn man dies ausrechnet, sind es CHF 5 Mio. pro Körperschaft. Selbstverständlich hat nicht jede Gemeinde CHF 5 Mio. Es muss nach Grösse und Anzahl der Mitarbeiter abgewälzt werden. Grundsätzlich: Wenn die Gemeinden mit dem Kanton reden, und meines Wissens hat bis heute keine einzige Gemeinde den Kanton angefragt, ob sie günstig Geld zur Ausfinanzierung erhalten könnte. Darum fragt Herrn Balmer oder seinen Nachfolger nach günstigem Geld. Ich bin überzeugt, dass die die einfachere Lösung ist als der Gemeindeinitiative.

Stephan Ackermann: Die Fraktion unterstützt die Gemeindeinitiative ist aber gegen eine Rückzahlung in 40 Jahren und steht auch einer Vollkapitalisierung nicht grundsätzlich positiv gegenüber, aber um dies geht es jetzt auch nicht. Als wir in der Vorlage gelesen haben, dass die Gemeinde Pratteln pro Jahr CHF 1.6 Mio. zusätzlich für die BLPK zahlen müsste, haben wir gefunden, dies sei ein brutaler Schlag, der hier auf Pratteln zukommt. Wie könnte man so etwas finanzieren? Wir haben Rückstellungen gemacht, und wenn man diese Zahl sieht, handelt es sich um den Tropfen auf den heissen Stein. CHF 1.6 Mio. sind problemlos 10 Vollzeitstellen pro Jahr oder, wenn ich an die Debatte von vorhin denke, innerhalb von 10 Jahren hätten wir eine Gemeindeverwaltung finanziert. Mich interessiert noch, auch wenn es nicht unbedingt der richtige Rahmen ist, wie man das Geld aufnehmen will bzw. welche Möglichkeiten die Gemeinde Pratteln dazu hätte. GR Max Hippenmeyer hat angetönt, dass man schon früh einen Fachmann beigezogen hat. Würde dies einen Stellenabbau bedeuten, einen Investitionsstopp oder eine Steuererhöhung? Wir bleiben trotzdem dabei, die Gemeindeinitiative zu unterstützen. Ich habe das Votum von Marc Bürgi sehr interessiert verfolgt. Für mich ist bei dieser Debatte über die BLPK etwas, das auf höherer Ebene stattgefunden und nun plötzlich einen starken Zeitdruck hat. Ich glaube auch, dass vielen Gemeinden erst gegen Schluss bewusst geworden ist, was dies bedeutet und sich dann erst aktiv in den Lösungsprozess eingebracht haben und dann ist der Spielraum aufs Finale extrem eng. Trotzdem ist wichtig, dass man den Gemeinden zuhört, den Ball aufnimmt und dies auch im Landrat. Ich hoffe, dass man dies auch zügig behandeln kann, sodass das vorgegebene Ziel auf den 1.1.2014, erreicht werden kann.

GR Max Hippenmeyer: In dieser Angelegenheit bin ich mit Marc Bürgi nicht ganz einverstanden. Kernthema dieser ganzen Angelegenheit ist die Solidarität. Und zwar die Solidarität unter den Gemeinden. Die Gemeinden sind finanziell sehr unterschiedlich ausgestattet. Wir oder Binningen oder die reichen Gemeinden könnten dies problemlos alleine bewältigen und aus der BLPK austreten. Wir haben ein sehr gutes Kreditrating und würden nicht mehr zahlen als der Kanton. Herrn Balmer muss ich nicht fragen; er hat kein Geld und da gehe ich lieber zur Bank. Es ist kein Problem, ich habe es bei meinem Eingangsvotum schon gesagt, es geht um die Solidarität unter den Gemeinden. Wir wollen nicht, dass die reichen Gemeinden eine Versicherungslösung machen und am Schluss bleiben die armen Gemeinden übrig und die können dann schauen. Dies würde den Zusammenhalt im Kanton ziemlich strapazieren und wahrscheinlich noch mehr als die aktuellen Fragen aus dem Finanzausgleich und dies gilt es zu vermeiden. Wir sind dann bereit, auf einen Alleingang zu verzichten, aber nicht zu den Bedingungen, die in der Vorlage des Landrates enthalten sind. Die Initiative ist ein Druckmittel. Wir von den Gemeinden haben uns schon seit einiger Zeit damit auseinandergesetzt. Leider haben wir kein Gehör gefunden und als letzte Massnahme entstand diese Gemeindeinitiative, die bereits letzten Herbst angedacht wurde. Wegen Bürgergemeinde, Spitex usw.: Es war nie die Meinung, dass man beispielsweise die Wirtschaftskammer oder BLKB ausfinanzieren muss. Hier gilt es, spezielle Lösungen zu finden. Viele Gemeinden haben die Spitex angehängt und die Bürgergemeinden mit der Einwohnergemeinde verknüpft, und wenn sich diese nicht finanzieren können, gehen sie wahrscheinlich Konkurs, und wenn sie Konkurs gehen, muss ihnen die Gemeinde unter die Arme greifen. Es ist also sehr komplex, aber es lässt sich eine Lösung finden. Wenn wir es bei den Gemeinden lassen, heisst es, dass wir (alle Gemeinden) die Steuern erhöhen und wahrscheinlich weniger Geld für Investitionen haben. Die BLPK muss saniert werden, darüber sind wir uns einig und es geht nun darum, ob es an einer zentralen Stelle finanziert werden soll und die Kantonssteuern steigen oder ob man den schwarzen Peter selektiv weiter gibt und diejenigen, die genug Geld haben, sind fein raus. So geht es aber nicht. Die Initiative ist auch kein Widerspruch zur Charta von Muttenz. Im Gegenteil: So, wie es hier liegt, schränkt es den Handlungsspielraum der Gemeinden massiv ein: Wir können nur sagen, ob wir es auf 30 oder 40 Jahre oder 25 Jahre amortisieren wollen, mehr können wir nicht. So ist unser Handlungsspielraum massiv eingeschränkt. Kurz: Es handelt sich um ein Druckmittel, von dem ich hoffe, dass es noch die notwendigen Korrekturen im Landrat bewirkt und darum steht es uns gut an, auch mitzumachen. Die Initiative ist bereits zustande

gekommen und es ändert sich an der Sachlage nichts. Es tut uns mit unserem neuen Selbstbewusstsein auch in finanzieller Sicht gut, wenn wir zu den Mitunterzeichnern gehören. Neben Ormalingen, Ziefen usw. sind auch Reinach, Liestal, Allschwil vorgesehen. Wir dürfen uns zeigen und müssen uns nicht verstecken.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr bei 7 Gegenstimmen:

- ://: 1. Der Einwohnerrat stimmt der formulierten Gemeindeinitiative (Gesetzesinitiative) betreffend „Ausfinanzierung der Basellandschaftlichen Pensionskasse“ gemäss Wortlaut im Kapitel 2.4 (Initiativtext) zu.

Der Rat beschliesst einstimmig:

2. Der Gemeinderat ist ermächtigt, die Initiative zurückzuziehen.

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr bei 1 Gegenstimme:

3. Federführende Gemeinde ist die Gemeinde Binningen.

Geschäft Nr. 2826

Erdgaskonzessionsvertrag Industrielle Werke Basel (IWB)

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderats vom 6. Februar 2013

GR Max Hippenmeyer: Ich bedanke mich für die Zustimmung zum vorherigen Geschäft, das mir ein grosses Anliegen war.

Die Vorgeschichte dieses Geschäftes steht in der Vorlage, ich möchte das nicht wiederholen. Mit dem neuen Vertrag geht eine für alle Gemeinden unbefriedigende Situation zu Ende und die Budgetierung wird verlässlicher, da sich die Konzessionsabgabe neu auf den Verbrauch bezieht. Früher war es ein geglätteter Fünfjahresgewinn der IWB, und wenn sie grosse Investitionen hatten, erhielten wir vielleicht CHF 20'000 und ein anderes Jahr CHF 100'000. Jetzt geht es darum, dass sich die Konzessionsabgabe nach dem Verbrauch richtet und wesentliche Fortschritte bringt. Der Vertrag wurde zwischen dem Ausschuss der betroffenen Gemeinden unter Mitwirkung des Kantons mit der IWB ausgehandelt, weil sich über die Jahre hinweg ein gewisses Unbehagen und Unzufriedenheit kumuliert haben. Die Gemeinde Münchenstein übernahm verdankenswerterweise die Führung, aber wir waren immer orientiert und konnten mitreden. Ende Januar war dieser Vertrag fertig, alle beteiligten Gemeinden haben ihn angeschaut und gefunden, dass es sich um eine gute Sache handelt. Was jetzt noch fehlt, ist die formelle Genehmigung der Legislative, bei uns also des Einwohnerrates. Ich bitte sie deshalb, dem Beschlussentwurf zuzustimmen.

Das Büro beantragt Eintreten und Direktberatung. Eintreten wird nicht bestritten und es folgt die Diskussion.

Bruno Baumann: Die SP-Fraktion bedankt sich beim Gemeinderat für die Vorlage, hat dazu noch Fragen. Wir stellen fest, dass der Vertrag Ende 2010 ausgelaufen ist. Was

hat der Gemeinderat unternommen bei der federführenden Gemeinde und den IWB, damit der neue Vertrag nicht schon eher eingesetzt werden konnte? Wir gehen davon aus, dass jeder weiss, wann ein Vertrag ausläuft und es mutet seltsam an, wenn man nach 2 Jahren, nachdem der Vertrag ausgelaufen ist, noch zustimmen soll. Weiter ist die Rede von CHF 408'621 im Jahr 2011. Uns interessiert, ob das Geld bereits gesprochen wurde, obwohl wir noch nicht über den Vertrag abgestimmt haben. Ist dieser Betrag jährlich oder ist es über die gesamte Laufzeit? Wenn die Fragen beantwortet sind, kann auch die SP dem verspäteten Vertrag zustimmen.

Mario Puppato: Als wir die Vorlage des Gemeinderats gelesen haben, kam es uns etwas „gelungen“ vor, wenn man den alten Vertrag angeschaut hat. Die IWB hat nicht nur Gas, sondern auch Wasser und Elektrizität. Wenn sie eine Spartenrechnung machen, haben sie auch eine Menge Fixkosten, die sie nachher je nach Belieben auf die einzelnen Sparten verteilen und wer kann das genau kontrollieren? Eine Stadtbehörde hat immer viele Fixkosten und einen grossen Kostenblock. Wir wissen also nicht, als es um das Abschiedsfest von Edi Schuhmacher im Betrag von über CHF 300'000 gegangen ist, ob durch das unser Beitrag gekürzt wurde. Der neue Vertrag ist für mich einwandfrei und wir wissen, was wir haben: Wir haben es vom Verbrauch und wir, die wir in Pratteln verdichtet bauen, werden davon profitieren und der Betrag von CHF 400'000 ist selbstverständlich pro Jahr gerechnet. Es ist nicht anzunehmen, dass der Gasverbrauch vom einen zum anderen Jahr zusammenbrechen würde, es sei denn, wir kommen mit den erneuerbaren Energien viel schneller voran. Bei uns ist der neue Vertrag unbestritten, wir stehen dahinter und freuen uns auch, wenn es rückwirkend noch Geld gibt, dass die IWB zurückgestellt hat. Offenbar dauerten die Verhandlungen mit den Gemeinden usw. länger als angenommen. Wenn er jetzt abgesegnet ist und wir erhalten noch die letzten 2 Jahre, nehmen wir es gerne und wir bitten euch, dem neuen Vertragswerk zuzustimmen.

Christoph Pfirter: Wenn man den ausgehandelten Vertrag anschaut, muss man sagen, dass saubere Arbeit geleistet wurde und dass die Gemeinde Pratteln rund CHF 250'000 mehr an Konzessionsgebühren herausgeholt hat. Ich habe mir Zeit genommen, alles zu lesen, was ich sehr selten mache. Zu Punkt 4.4: *Die Konzessionsabgabe wird bei den Gaskunden separat unter der Rubrik „Abgaben an Dritte“ erhoben.* Es handelt sich also um eine Steuererhöhung, die schlussendlich der Kunde, also Bürger und Einwohner, bezahlt. Überlegt also, was ihr macht. Ich selber weiss noch nicht, für was ich die Hand aufhebe.

Christoph Zwahlen: Als wir bei den Unabhängigen den Vertrag angeschaut haben, ist uns dasselbe aufgefallen, was Christoph Pfirter jetzt gesagt hat. Die IWB kann mit diesem Vertrag, der eigentlich gut ist und auch vorteilhaft für die Gemeinde, ungeniert so viel Gewinn machen, wie sie wollen. Der Gaspreis ist administriert und hat überhaupt nichts mit den Gestehungskosten zu tun, sondern mit dem Preis des Erdöls und der Gasverbraucher bezahlt die Konzessionsgebühr. Darum haben wir gedacht, es sei sinnvoll, wenn die Gemeinde die Mehreinnahmen auch dafür verwenden könnte, ihr Label „Energienstadt“ mit Inhalt zu füllen, beispielsweise für Energiesparmassnahmen und Sanierungen. Dies ist ein anderer Punkt. Grundsätzlich sind wir für den Vertrag. Er ist sauber und gut und klar und wir sind nur eine Gemeinde von vielen, die diesen auch anwenden.

GR Max Hippenmeyer: Zu Christoph Zwahlen: Selbstverständlich werden wir einen Teil der Einnahmen in einem gewissen Sinn zweckgebunden einsetzen. CHF 400'000 ist momentan etwas viel. Dies haben wir bereits jetzt gemacht und man kann dies im Budget und der Rechnung jeweils nachlesen. Es ist richtig, Christoph Zwahlen, irgendjemand muss dies bezahlen und wenn nicht der Verbraucher, wer sonst? Eine Alternative wäre, dass die Konzessionsabgaben gar nicht erhoben werden und die Gemeinden nichts für das Durchleitungsrecht und die Erschliessung hätten. IWB ist nicht eine private Unternehmung, die Gewinnmaximierung zum Ziel hat. Es ist eine öffentlich-rechtliche Unternehmung, die praktisch dem Kanton BS gehört und der Kanton würde den Gewinn

einstecken. Solange wir noch nicht fusioniert sind, haben wir nichts davon. Zur Frage von Bruno Baumann, warum es so lange gegangen ist: Es war eine lange Geschichte und der alte Vertrag hat sich automatisch verlängert so wie der neue auch, sofern er nicht gekündigt wird. Der alte Vertrag wurde aber gekündigt, weil verschiedene Gemeinden nicht mehr zufrieden waren. Es waren mehr als 20 Gemeinden involviert, und bis alle an einem Tisch waren und jeder seine Wünsche einbringen konnte und nachher ging es zu den IWB, dann zur Regierung und dann zum Kanton. Dies war eine langwierige Sache und ging nicht schneller. IWB hat von Anfang an gesagt, dass sie den neuen Vertrag vom Zeitpunkt, als der alte ausläuft, nämlich am 1.1.2011, weiterführt. Darum hat die IWB Rückstellungen vorgenommen und das Geld wird noch kommen.

Urs Hess: So sehr überzeugt mich der Vertrag nicht. Auf der einen Seite bezahlen wir als Gasverbraucher der Gemeinde die Konzession, die eigentlich die IWB finanzieren müsste. Die Prattler Einwohner bezahlen also der Prattler Gemeinde die Konzessionsgebühr. Dies macht mich unglücklich, andererseits gibt es diverse Leitungen, die durch Pratteln hindurchführen. Auch die IWB haben Gasleitungen, die durch die Gemeinde führen und ich hätte erwartet, dass man auch vom Gas, das durch die Gemeinde in eine andere fließt, auch noch Abgaben erhalten würde. Wurde dies auch diskutiert oder gibt es hier nichts?

GR Max Hippenmeyer: Ich war nicht in diesem Ausschuss und kann die Frage nicht beantworten. Grundsätzlich geht es darum, dass die Konzessionsgebühren zum Endverbraucher gehen. Wenn wir das Gefühl haben, wir müssten mit den IWB auch noch einen Vertrag für die Durchleitung machen, wäre ich nicht der richtige Ansprechpartner. Wahrscheinlich müsste man zum Gasverbund Mittelland. Dies ist eine individuelle Angelegenheit der Gemeinden. Stellt euch vor, wir würden beginnen, irgendeinen Paragraphen abzuändern, und die anderen 20 Gemeinden machen dies auch, so haben wir in den nächsten 5 Jahren überhaupt nichts und dies ist verfahrensökonomisch sehr, sehr unrealistisch. Die Frage von Urs Hess kann ich gegenwärtig nicht beantworten; ich werde mich bemühen, dir auf die nächste Sitzung eine seriöse Antwort zu besorgen. Nichtsdestotrotz, stimmt dieser Vorlage zu.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr bei 2 Gegenstimmen:

://: Dem neuen Erdgas-Konzessionsvertrag mit den Industriellen Werken Basel (IWB) wird zugestimmt.

Fragestunde

Frage 1

„Verkehrssituation auf der Zehntenstrasse“

(Werner Graber, SP-Fraktion)

GR Ruedi Brassel: Frage 1: Hat der Gemeinderat Kenntnis von diesem Zustand? Ja, der Gemeinderat hat Kenntnis von diesem Zustand. Frage 2: Was wird unternommen, damit für den Langsamverkehr in diesem Bereich während der Bauzeit die grösste mögliche Sicherheit gewährleistet werden kann? Es handelt sich um eine temporäre Massnahme für die Rückbauphase und diese Zaunstellung wurde mit der Gemeinde im Voraus nicht abgesprochen. Die Gemeinde hat diese Zaunstellung gerügt und Änderungen verlangt. Für den nächsten Montag sind Gespräche hierüber und auch die Bauphase

angesetzt. Die Rückbauphase soll im Mai 2013 abgeschlossen sein und nachher, vermutlich ab Juli, wird die Bauphase kommen. Der Generalunternehmer des Baues ist nun bestimmt und man wird für die 2 Jahre dauernde Bauphase die Abzäunungen und die Verkehrssituation genau abklären. Eine Umleitung der Radroute geprüft; dazu braucht es die Zustimmung des Kantons. Für die Fussgänger wird ein Sicherheitsbereich eingerichtet. Frage 3: *Sind Verkehrsbeschränkungen (Geschwindigkeit/Fahrriichtung etc.) vorgesehen?* Auch diese Massnahmen werden in den Verhandlungen mit dem Generalunternehmer abgeklärt und sind durchaus möglich. Jetzt lässt sich noch nicht sagen, wie es aussehen wird. Dies hängt beispielsweise davon ab, ob die Radroute verschoben wird oder nicht. Wir werden mit Nachdruck dafür sorgen, dass die Verkehrssicherheit an der Zehntenstrasse während der langen Bauphase gewährleistet wird. Frage 4: *Wenn Ja, ab wann?* Dies wird ab ca. Juli der Fall sein, wenn die Bauphase beginnt. Massnahmen in Bezug auf die jetzige Abschränkung bei der Rückbauphase werden je nach Diskussionsausgang bereits Ende nächste Woche realisiert.

Die Frage ist beantwortet.

Frage 2

„Verlegung der Rheinstrasse“

(Stephan Ackermann, Fraktion der Unabhängigen Prätteln)

GP Beat Stingelin: Frage a: *Worin besteht aus Sicht des Gemeinderates der Nutzen der Strassenverlegung?* Die Verlegung der Rheinstrasse ist Bestandteil des behördenverbindlichen Teilrichtplanes Salina Raurica, der von Landrat und Bundesrat abgesegnet ist. Dies ist eine übergeordnete Planung. Der Vorteil der Verlegung der Rheinstrasse an die Autobahn ist der Lärm, d. h. man bringt „Lärm zu Lärm“. Mit der Umlegung der Strasse wird erreicht, dass entlang des Rheins eine Langsamverkehrsachse als attraktive „Flaniermeile“ realisiert werden kann und ein Ausbau der heutigen Rheinstrasse ist nicht mehr nötig. Nun wird die Strasse verlegt; dies ist richtig und die Quartiere werden nicht wie ein „Lärmsandwich“ eingepackt. Dies ist genauso schlecht, als ob man ein Quartier in „Ruhesandwiches“ presst; wenn man das Rankackergebiet anschaut, das in einem Sandwich von Strassen und SBB liegt, ist es auch nicht toll. Frage b: *Wie erfolgreich bringt sich der Gemeinderat in die Planung des Kantons ein?* Wir bringen uns ein und wie erfolgreich, sehen wir nach den Sitzungen. Wir bringen uns ein und nicht nur der Gemeinderat Prätteln, auch der Gemeinderat Augst ist beteiligt. Die Sitzungen sind immer mit dem Kanton zusammen und gerade nächste Woche ist wieder Sitzung. Es gibt 2 – 3 Sitzungen mehr dank der Wirtschaftskammer, die das Gefühl hatte, sie müsse dort noch mehr auf 9'000 Arbeitsplätze verdichten, von denen wir finden, wir bringen die arbeitenden Personen nicht hin oder wieder weg. Dies gibt Sitzungen, an denen wir uns mit dem Kanton, den Planern und der Regierungsrätin treffen. Wir bringen uns ein, werden angehört und ich bin überzeugt, dass wir uns stark einbringen. Dies hat ja auch gezeigt, dass die Tramlinie auf Stossen der Gemeinde in die Mitte verlegt wurde und nicht dem Rhein entlang geht.

Stephan Ackermann: Danke für die Antworten auf die Fragen. Aus der Beantwortung der Frage a hiess es „Lärm zu Lärm“ und die Rheinstrasse solle zurückgebaut und eine Flaniermeile werden. Schön und gut. Augst muss ja ihre Strasse einen halben Meter tiefer legen (nationale Schwerverkehrsrouten). Wo würde nun dies auf Prattlerboden durchgehen? Durch die Flaniermeile oder auf der neuen Strasse?

GP Beat Stingelin: Die Flaniermeile wird wahrscheinlich nicht so ausgebaut, dass die Über-40-Tönnner durchfahren können. Die Schwerverkehrsrouten sind jetzt schon verlegt worden. Sie geht bei der Salinenstrasse hinauf, bei Strübin durch und von dort weiter. Ob die neue Verlegung auch eine Schwerverkehrsrouten oder Umfahrung wird, ist uns

noch nicht bekannt. Ich glaube, eher nicht, weil die Route sonst in einen Kreisel führt (Frenkendörferstrasse), der sehr hemmend wäre. Durch die Flaniermeile sicher nicht und ob über die obere Wegführung wissen wir noch nicht. Grundsätzlich geht diese Führung von Schweizerhalle die Salinenstrasse hinauf und nachher die Hohenrainstrasse weiter. Dies ist die Schwerverkehrsachse für ausserordentliche Transporte.

Die Frage ist beantwortet.

Die Sitzung wird um 21.35 Uhr beendet.

Pratteln, 3. April 2013

Für die Richtigkeit

EINWOHNERRAT PRATTELN

Der Präsident

Das Einwohnerratssekretariat

Mauro Pavan

Joachim Maass